

Thüringer Allgemeine vom 25.01.2013 , Seite TH 2

Polizeigewerkschaften: Hinweise auf rechtswidrige Beobachtungen

Thüringens Datenschutzbeauftragter weitet seine Ermittlungen zu Babyfon-Funktion in Telefon-Anlagen deutlich aus

VON KAI MUDRA

Erfurt. Es gebe „deutliche Hinweise“, dass einige der Beobachtungsmaßnahmen gegenüber Polizeibeamten in Mühlhausen rechtswidrig sind. Allerdings sei die Prüfung noch nicht abgeschlossen, sagte gestern Thüringens Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse unserer Zeitung.

Mitte Dezember war bekannt geworden, dass über Monate in Nordthüringen Polizisten observiert wurden, weil der Verdacht bestand, dass sie mit ihren Dienstfahrzeugen Privatfahrten unternommen haben. Den Vorgang hatte die Polizeigewerkschaften massiv kritisiert.

Gestern nun schlossen die Regionalverbände der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) in Erfurt eine Kooperationsvereinbarung. Künftig wollen sie ihre Interessen gemeinsam vertreten, erklärten die Re-

gionalchefs Marko Grosa (GdP) und Jürgen Hoffmann (DPolG).

Sie bestätigten, dass der letzte Anstoß für die Kooperation der zunehmende Druck auf die Gewerkschaften sei. „Wir haben gemerkt, dass wir gemeinsam mehr erreichen“, so Marko Grosa. „Damit wollen wir auch ein Zeichen für die Zukunft setzen“, ergänzte Jürgen Hoffmann.

Beide kritisierten erneut das Observieren von Polizisten. „Wir haben einen Fragenkatalog für den Innenminister und erwarten Antworten“, sagte Hoffmann. Unter anderem wollen die Gewerkschaften wissen,

ob durch die Beobachtung von Polizisten die Verbrechensbekämpfung in Thüringen behindert wurde. Auch die Frage nach den Kosten dieser Einsätze steht weit oben auf der Frageliste.

Marko Grosa betonte, dass

Vergehen von Beamten geahndet werden müssen. Aber jeden Vorfall wie ein Verbrechen zu behandeln, sei eben nicht angemessen, fügte er an.

Empört sind die beiden Gewerkschafter darüber, dass sich in Ermittlungsakten gegen Polizisten Formulierungen finden, wie: „Das soziale Umfeld ist auszuermitteln.“ Solche Anweisungen habe es in der DDR gegeben, empören sie sich.

Die Gewerkschafter konnten gestern Abend Innenminister Jörg Geibert (CDU) ihre Fragen am Rande der Landtagsdebatte vorlegen und warten nun auf Antworten.

Auch Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse prüft die Vorgänge. Er habe beim Landeskriminalamt (LKA) angefragt, ob es weitere Oberservierungen gab, erklärte er. Inzwischen ist be-

kannt, dass auch in Jena Polizisten beobachtet wurden – und es besteht der Verdacht, dass weitere Regionen betroffen sind.

Noch nicht abgeschlossen ist auch das Prüfen der Telefonanlagen bei der Polizei und in den Ministerien. Laut Hasse fehlen noch weitere Auskünfte der Hersteller und der Ministerien.

Die Polizeigewerkschaften hatten den Verdacht geäußert, dass mit einer eingebauten Babyfon-Funktion Beamte belauscht wurden. Lutz Hasse will seine Prüfung in der nächsten Woche auch auf die Kommunen ausweiten und über die IHK die Unternehmen ansprechen. Zudem hat er seine Amtskollegen in den anderen Bundesländern angefragt, ob bei ihnen das Lauschproblem bei Telefonanlagen bereits bekannt ist.

